
Antrag zum grünen Bundesparteitag in Berlin, 4. – 6.12.2026

Frieden in den Lehrplan!

Antragstext siehe:

<https://antraege.gruene.de/52bdk/Frieden-in-den-Lehrplan-10685>

Antragsbegründung:

Aufgabe und Stellenwert der Friedensbildung

Friedensbildung vermittelt Kompetenzen für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten, zwischen Menschen und in der Gesellschaft. Sie adressiert also sowohl die individuelle Ebene, auf der Konzepte zur Gewaltprävention ansetzen, als auch die gesellschaftliche bis hin zur internationalen Ebene. Frieden wird dabei als Prozess verstanden, in dem Gewalt reduziert wird und Gerechtigkeit zunimmt. Friedensbildung vermittelt somit das Verständnis, dass Frieden eine immerwährende Aufgabe für uns alle ist.

Im Jahr 2023 hat die **UNESCO** eine „**Empfehlung für Friedensbildung**“ verabschiedet. Sie schreibt dazu: „Im Zentrum der neuen UNESCO-Empfehlung steht das moderne, umfassende Friedensverständnis. Frieden ist demnach nicht nur die Abwesenheit von Krieg und unmittelbarer Gewalt, sondern ein Prozess, in dem Menschen zusammenwirken, um eine gerechte, nachhaltige und inklusive Zukunft aktiv mitzugestalten. Aufgabe der Bildung ist nach dem neuen Völkerrecht, allen Menschen das Handwerkszeug zu vermitteln, Frieden zu leben.“ Deutschland ist verpflichtet, die Empfehlungen der UNESCO umzusetzen und Friedensbildung zu stärken.

Fachstellen für Friedensbildung

Die Einrichtung von Fachstellen für Friedensbildung in allen Bundesländern kann sich an den bestehenden Strukturen in Baden-Württemberg (Servicestelle Friedensbildung) und in Niedersachsen (Koordinierungsstelle Friedensbildung) orientieren.

Baden-Württemberg: Die strukturelle Verankerung der Friedensbildung ist dort seit 2015 durch die Einrichtung der Servicestelle Friedensbildung gelungen. Die Servicestelle Friedensbildung wird getragen vom Ministerium für Kultus, der Landeszentrale für politische Bildung und der Berghof Foundation. Sie bietet Beratung, Fortbildungen, Workshops und Materialien für Schulen an.

Niedersachsen: Die Koordinierungsstelle Friedensbildung am Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) bietet seit 2021 Fortbildungen in unterschiedlichen Formaten für Lehrkräfte an, unterstützt die Vernetzung von Schulen und außerschulischen Bildungsakteur*innen u.a. auf Fachtagungen, berät Schulen bei der Planung von Aktivitäten und stellt Materialien zur Verfügung.

Außerschulische Akteure für Friedensbildung

Deutschland engagiert sich international auf vielfältige Weise: So entsenden beispielsweise das **Auswärtige Amt** und der Zivile Friedensdienst des **Bundesministeriums für wirtschaftliche**

Zusammenarbeit und Entwicklung Fachkräfte in internationale Friedensmissionen und in Projekte zur zivilen Konflikttransformation.

Diese Friedensfachkräfte sind ebenso wie die Bundeswehr im Auftrag der Bundesregierung in Krisengebieten präsent und dennoch ist ihre wichtige Arbeit in Deutschland weitestgehend unbekannt. Dies steht im Widerspruch zu Beschlüssen einzelner Bundesländer, die mit Verweis auf den **Beutelsbacher Konsens** und seinen zentralen Prinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schüler*innenorientierung – eine ausgewogene Repräsentation verschiedener Expertisen verlangen.

Bündnis 90/Die Grünen als Friedenspartei

Unsere Partei geht von einem erweiterten Sicherheitsbegriff aus. Nach unserer Überzeugung tragen auch zivile Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit und die Stärkung von internationalen Strukturen wie UNO und OSZE zur Sicherheit bei. Wir wissen: Wer Frieden schaffen will, kann nicht ausschließlich auf Waffen setzen, auch Verhandlungsbereitschaft und vertrauensbildende Maßnahmen sind dafür notwendig. Solche Friedenskompetenz beginnt bereits in der Schule – mit der Förderung von Friedensbildung!

Mit diesem Beschluss können wir ein öffentliches Zeichen setzen, dass wir das Thema Frieden weder der Rüstungslobby noch Parteien überlassen, die das Thema populistisch besetzen. Wir zeigen dadurch Haltung und Kompetenz als Friedenspartei.

Antragssteller:

Thomas Mohr (KV München) mit Vorstand und Vereinsmitgliedern von gewaltfrei grün e.V. sowie weiteren Unterstützer*innen